



Islamisten in Irak und Ghaza

Obama sei abgeneigt, Islamismus zu erörtern, Clinton findet den Jihadismus

Erstmals griff Präsident Obama gegen einen zweimonatigen Ansturm der [Islamisten](#) im Irak aus. Spätabends zum [8. August](#) sagte er, um Amerikaner zu sichern und Genozid an Christen zu stoppen, eine limitierte Luftangriffs- und Hilfsaktion an. Anderntags ergänzte er, Hilfssendungen für zehntausende Christen liefern und Luftangriffe betreffen ganz Irak für Monate. Andersgläubige Minoritäten flohen im Norden auf die Höhen am Sinjarberg vor der Gewalt von Sunnijihadis: „konvertiere, flieh oder stirb.“ Viele retteten sich nach Kurdistan oder Syrien.



Foto: Harald Dettenborn, [Wiki](#)

Hillary R. Clinton, Jahrgang 1947, sieht keinen Platz mehr für Islamisten wie die [Hamas](#)

Iraks neuer Präsident Fuad Masum gab den Regierungsauftrag an Haidar Jawwad al-Abadi als Premier am 11. August. Drei Tage darauf trat Nuri Kamal al-Maliki ab - Iraks neue Chance gegen die Gnadenlosen. Am 14. August meinte Barack H. Obama: die Hilfe wirke, ein US-Trupp war vor Ort, die Blockade am Sinjarberg sei gebrochen und eine Großaktion unnötig. Freitag, den 15. August, begann [Berlin](#) Hilfsflüge in den Irak. Am Wochenende wies Obama Luftangriffe gegen Jihadis am Mosuldamm an, so dass ihn die Kurden befreien können. Indessen erörterten in Kairo Israelis und Palästinenser, ob die [Waffenruhe](#) fortdaure, die ein Raketenbeschuss durchbrach. Worin liegen die Optionen?

Amerika

In Washington ist die Debatte um eine schleichende Verwicklung im [Irak](#) entbrannt. Vor der „[Mission Creep](#)“ sorgen sich Politiker, sind die Amerikaner doch zumeist kriegsmüde und im November folgen Midtermwahlen. Formell darf der Präsident 60 Tage Truppen nach Ermessen einsetzen. Dann sollte es eine Autorisierung durch den Kongress geben. Der gab am 28. Juli die Resolution H105 ab, die Obama ohne die Autorisierung verbietet, Truppen im Irak in eine dauerhafte Kampfrolle zu bringen. Praktisch sind bis zu 1.000 Mann als Berater vor Ort und - al-Maliki aus dem Bilde - neue Waffenzufuhren gestartet.

Einen gewissen Umschwung der öffentlichen Meinung besorgten sicher das grausame Vorgehen der Islamisten, ihr rascher Bodengewinn und ihre direkten Drohungen gegen den Westen, wo sie ihre schwarze Fahne auf dem Weissen Haus ankündigten. Die Kette der Selbstmordbomber riss in Bagdad nimmer ab. Dieses Mittel soll bald in Europa und Amerika wirken. Nach kurdischen Angaben töteten Jihadis des Islamstaates am Freitag 80 Jasiden aus dem Dorf Kocho bei Sinjar. Diese Killerkommandos änderten ihre Taktik, haben viele US-Waffen erbeutet und verfügen über Millionen Dollar aus Erdölverkäufen. Sunnistämme wenden sich seit dem 15. August in al-Anbar und ar-Ramadi gegen Jihadis. Laut Senator Ron Johnson erreiche das schwarze Sturmgebräu Amerika, sofern es nicht jetzt im Irak gestoppt werde. Amerikaner mögen kriegsmüde sein, aber diese Terroristen seien es nicht. Sein demokratischer Kollege Eliot Engel will Extremisten bekämpfen, wo sich Möglichkeiten anbieten, so in [Syrien](#) zugunsten der Opposition Bashshar [al-Asads](#).

Hillary R. Clinton brachte sich aus Sorge um Mittelost ein. Gruppen der Jihadisten hätten eine enorme Kapazität zum Ausbrechen, um Europa und Amerika zu treffen, sagte sie im Gespräch mit „The Atlantic Monthly“ am 11. August. Jihadis begrenzten sich nie auf das Gebiet, das sie regieren. Sie seien angetrieben, zu expandieren, den Westen, „Kreuzzügler“ anzugehen.

Wie könne man Jihadis eingrenzen? Sie denke über Einschränkung, Abschreckung und Sieg nach. Die Frau, die sich wohl um das Präsidialamt bewirbt, prüft, welchen Gesamtrahmen Amerika hegte, als es Kommunismus (und Nationalsozialismus [und](#) Faschismus) schlug. [Obama](#) wäre abgeneigt, die Bedrohung des islamistischen [Terrorismus](#) in einer so übergreifenden [Art](#) zu erörtern. Jedoch bedürfe es eines Ansatzes gegen den Jihadismus.

Gewaltkalifat

In der Tat, Obama wies dies nicht nur ab, sondern ließ keine übergreifenden Konzepte erkennen. Ein schweres [Manko](#) in seiner Amtsführung. Wie kann ein Land, das über ein Jahrzehnt in Islamländern transnational Krieg führt, keine wirksame [Strategie](#) und [Taktik](#), seinen Antiislamismus entfaltet haben? Clinton enthüllt jetzt nur, was sich oft gezeigt hat. Dieses Unverständnis der neuen Weltlage herrschte ganz oben, und zunächst durch einen Ansatz, den man um [2011](#), zur Blüte des mittelöstlichen Frühlings, gar als proislamistisch ansehen muss. Der Fehler lag darin, Islamisten wie Muslimbrüder als „legale Opposition“ zu fördern. Dafür war auch Clinton bekannt, die jetzt offenbar eine neuere Entwicklung nahm.

Aber nicht nur Präsident Obama hat den [Islamismus](#) und die schwarzen Jihadis verkannt. Sondern ihm folgten viele der durch ihn erwählten Offiziellen. Zum Beispiel führte sein damaliger Berater John Brennan, der heutige CIA-Chef, am 29. Juni 2011 über Amerikas Strategie gegen den Terrorismus aus, diese sei durch ein tieferes Verständnis der Ziele, Strategie und Taktik der al-Qaida geleitet. Dabei rede er gar nicht über deren grandiose Vision einer globalen Dominanz durch ein gewaltsames Kalifat. Diese Vision sei absurd. Er würde nicht Bemühungen gegen den Terror für eine so unverantwortliche Täuschung organisieren, die nie eintreten wird. Er würde diese Verbrecher und ihre mörderischen Bestrebungen dadurch nicht in etwas Größeres heben als sie sind. Mit einem so schweren Schnitzer verwundert es nicht, dass das „[Kalifat Syroirakistan](#)“ seit 10. Juni 2014 so weit gediehen war. Obama nannte deren Jihadis noch zu Jahresbeginn eine Amateurtruppe, was er eben durch Ben J. [Rhodes](#) als unglückliche Formel zurücknehmen ließ.

Daher sind Clintons Ideen aufschlussreich. Auf die Frage, ob die Jihadisten nicht so weit gelangt wären, hätte man in [Syrien](#) vor drei Jahren die moderate Opposition unterstützt, meinte sie, es gab dort Islamisten, Säkularisten und viel dazwischen. Der Fehler, dies nicht zu tun, habe ein Vakuum hinterlassen, das die Jihadisten jetzt anfüllten. Sie sieht keinen künftigen Boden für all diese Leute, die sich selbst als [Islamisten](#) definieren.

Hamas

Nicht minder harsch beurteilt Hillary R. Clinton die Erfahrung mit den [Muslimbrüdern](#) am Nil. Das Verdikt stehe aus, ob diese sich in eine gewaltsame Widerstandsgruppe der Jihadisten verwandeln. Auf die Frage, ob es in der Region eine Rolle für den politischen Islam gebe, meinte sie, die [Hamas](#) zähle nicht zur Kategorie derer, mit denen man arbeiten könne. Das wäre nicht realistisch. Der Sinn ihres Widerstandes gegen Israel liege in dessen Zerstörung. [Hamas](#) wäre mit böartigen Taktiken und [Ideologien](#) verheiratet, darunter ein virulenter Antisemitismus. Sie sollte nicht als „[legitimer Vermittler](#)“ behandelt werden. Das würde nachteilig für die Palästinensische Autonomiebehörde ausfallen. Diese habe zwar viele Probleme, aber historisch ihre Charta abgeändert und Abstand vom Guerillakampf der vorherigen Dekaden genommen. Freilich liegt in dem Punkt ein großes Fragezeichen.

Clinton hat keinen Zweifel, dass die [Hamas](#) den jüngsten Konflikt initiierte und die volle Verantwortung für ihn trägt. Vielleicht hätte eine bessere Regierung zum größeren Willen des Ghazavolkes geführt, nicht mehr die Hamas in ihrer Mitte zu tolerieren. Mein Fazit zu Optionen: Israel mag Wege finden, die Extreme meiden wie Wiederbesetzung Ghazas, forciertes Regimewechsel oder langjähriger Krieg. Die Europäische Union setzte am 22. Juli Zeichen: sie verlangte die Demilitarisierung der Terroristengruppen in Ghaza.

EU Council Conclusions on the Middle East Peace Process

Summary: 22 July 2014, Brussels - Council of the European Union Foreign Affairs Council meeting conclusions on the MEPP, The Council adopted the following conclusions [Ref. CL14-138EN, 22/7/2014]:

1. ...The EU strongly condemns the indiscriminate firing of rockets into Israel by Hamas and militant groups in the Gaza Strip, directly harming civilians. These are criminal and unjustifiable acts. The EU calls on Hamas to immediately put an end to these acts and to renounce violence. **All terrorist groups in Gaza must disarm.** The EU strongly condemns calls on the civilian population of Gaza to provide themselves as human shields.
3. ...The EU believes that the tragic events of the past weeks reinforce the need for Israelis and Palestinians to work together to fight all forms of terror and violence and to combat incitement.
4. Recent events in the wider Middle East pose serious threats to the EU as well as to its immediate neighbors. The European Union reiterates its fundamental commitment to the security of Israel, including with regard to current and emerging threats in the region...
5. The EU has fully supported US-led peace efforts and underlines that these efforts must not go to waste. The EU is convinced that the regional context and the current crisis make a two state solution to the Israeli-Palestinian conflict more necessary than ever. The EU urges the parties to resume meaningful negotiations with the aim of achieving a comprehensive peace agreement based on a two-state solution. The only way to resolve the conflict is through an agreement that ends the occupation which began in 1967, that ends all claims and that fulfils the aspirations of both parties. A one state reality would not be compatible with these aspirations...

[Wolfgang G. Schwanitz](#)

Dazu [Bücher](#) *Nazis, Islamists and the Making of the Modern Middle East*: [Yale](#), February 25, 2014, 360 pp. sowie *Islam in Europa, Revolten in Mittelost*, [Neu](#) 2013, 15. September 2014, 2. Auflage [Berlin](#), [bestellbar](#).